



Religionen und Gesellschaft 2013

Bericht zur gesellschaftlichen Situation und gemeinschaftlichen Entwicklung der Religionsgemeinschaften im Kanton Zürich

Zürich, 15. Mai 2014

Virginia Suter Reich

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|--|----|
| I. EINLEITUNG | 2 |
| II. RELIGION UND GESELLSCHAFT | 2 |
| Muslime gehören zur Gesellschaft..... | 2 |
| Radikale Islamisten auch in der Schweiz? | 3 |
| Religionsfreiheit und Integration | 3 |
| Kopftuch-Debatte | 4 |
| Burkaverbot im Tessin | 4 |
| Lehrplan 21 und Religion | 5 |
| Islamische Theologie an der Universität Fribourg..... | 5 |
| Kein muslimisches Grabfeld in Schlieren | 6 |
| III. ENTWICKLUNGEN INNERHALB DER VERSCHIEDENEN RELIGIONEN UND GEMEINSCHAFTEN IM KANTON ZÜRICH | 6 |
| Hinduismus | 6 |
| Buddhismus..... | 6 |
| Judentum | 7 |
| Jüdische Dachverbände | 7 |
| Jüdische liberale Gemeinde Or Chadasch JLG..... | 7 |
| Israelitische Cultusgemeinde Zürich ICZ | 8 |
| Christentum | 8 |
| Römisch-katholische Kirche | 8 |
| Orthodoxe Kirchen..... | 10 |
| Evangelisch-reformierte Kirche..... | 11 |
| Islam..... | 12 |
| Vereinigung der islamischen Organisationen in Zürich VIOZ | 12 |
| Ahmadiyya Muslim Jamaat | 14 |

I. EINLEITUNG

Das Zürcher Forum der Religionen veröffentlicht neu jährlich einen Bericht zum Thema **Religionen und Gesellschaft**; mit Fokus auf die Situation im Kanton Zürich. Der Bericht geht auf die Zusammenarbeit der Integrationsförderung Stadt Zürich zurück. Seit mehreren Jahren trägt das Zürcher Forum der Religionen im Auftrag der Integrationsförderung Stadt Zürich Informationen über die Entwicklungen innerhalb der Religionsgemeinschaften im Grossraum Zürich und in Bezug auf öffentliche Debatten zum Thema Religion und Gesellschaft zusammen. Angesichts des zunehmenden Interesses und kontrovers geführten Debatten zum Zusammenspiel von Religion(en), Gesellschaft und Staat, aber auch in Anbetracht der vielfältigen Dynamiken der religiösen Landschaft im Kanton Zürich, erkennt das Zürcher Forum der Religionen den Bedarf, einen solchen jährlichen Überblick zum Thema **Religionen und Gesellschaft** öffentlich zu machen.

Der vorliegende Bericht baut auf zwei Teilen auf. Im ersten Teil werden Ereignisse und Debatten aus dem Kalenderjahr zusammengetragen, die das Verhältnis von Religion und Gesellschaft konkretisieren. Die Zusammenstellung beschränkt sich dabei nicht nur auf den Kanton Zürich, sondern bezieht sich auch auf Entwicklungen im nationalen Kontext oder in anderen Regionen der Schweiz, die Auswirkungen auf gesellschaftliche Dynamiken im Kanton Zürich haben können.

Der zweite Teil bietet einen Überblick zu den wichtigsten Entwicklungen und Ereignissen innerhalb der Religionsgemeinschaften im Kanton Zürich, wobei sich dieser Überblick auf die Religionsgemeinschaften bzw. Religionstraditionen beschränkt, welche in regem Austausch mit dem Zürcher Forum der Religionen stehen. Die Zusammenstellung der Entwicklungen in den Gemeinschaften basiert in erster Linie auf den praktischen Erfahrungen und persönlichen Einschätzungen der im Zürcher Forum der Religionen engagierten Delegierten der Mitgliederorganisationen¹. Ergänzend wurden Medienberichte, Mitteilungen aus der Verwaltung und Veröffentlichungen der Religionsgemeinschaften (Newsletter, Zeitschriften, Zeitungen, Flyers, Internetseiten etc.) herbeigezogen.

II. RELIGION UND GESELLSCHAFT

Muslime gehören zur Gesellschaft

Am 8. Mai 2013 veröffentlichte der Bundesrat einen 100-seitigen Bericht zur Situation der Muslime in der Schweiz². Der Bericht geht auf Postulate aus dem Nationalrat zurück, die mehr Informationen über die Häufigkeit und geografische Verteilung von „Hasspredigern, Scharia-Recht, Zwangsehen, Mädchenbeschneidungen, Verhüllungszwang und Dispensationen von schulischen Angeboten“ fordern. Der Bericht stützt sich auf Forschungserkenntnisse, bundesinterne Erhebungen und praktische Erfahrungen von Behörden, Institutionen und Fachleuten, und kommt zum Schluss, dass die grosse Mehrheit der Musliminnen und Muslimen in der Schweiz Teil der schweizerischen Gesellschaft sei. Ihre Religionszugehörigkeit stelle sie kaum vor Probleme im Alltag und führe auch nicht zu Konflikten. Für viele Muslime sei die Religionszugehörigkeit auch nicht das wichtigste Merkmal ihrer Identität. Sie würden keine intensivere Bindung zu ihrer Religion pflegen als dies andere Religionsangehörige in der Schweiz tun würden.

Tendenzen zur Islamisierung oder zur Bildung von Parallelgesellschaften seien in der Schweiz kaum feststellbar.

¹ Eine Zusammenstellung der Mitgliederorganisationen des Zürcher Forums der Religionen findet sich auf <www.forum-der-religionen.ch>.

² Bericht des Bundesrates über die Situation der Muslime in der Schweiz unter besonderer Berücksichtigung ihrer vielfältigen Beziehungen zu den staatlichen Behörden in Erfüllung der Postulate 09.4027 Amacker-Amann vom 30. November 2009, 09.4037 Leuenberger vom 2. Dezember 2009 und 10.3018 Malama vom 1. März 2010. <<http://www.ejpd.admin.ch/content/dam/data/pressemitteilung/2013/2013-05-08/ber-d.pdf>> (Abfrage 11. Februar 2014)

Problematisch sei jedoch die negative Darstellung des Islam in der Öffentlichkeit. Oft diene der Islam als Projektionsfläche für Ängste und für den Verlust der eigenen nationalen, kulturellen oder religiösen Identität und werde stereotyp wie auch einseitig in der öffentlichen Kommunikation dargestellt.

Der Bundesrat verzichtet auf spezifische Massnahmen zum Abbau von religiösen Differenzen. Zur Bekämpfung von Diskriminierung setzt er auf die bessere Durchsetzung des geltenden Rechtes. Zudem will der Bund die Etablierung eines Ausbildungsangebots für Imame als wichtiges, vermittelndes Organ zwischen den involvierten Parteien unterstützen.³

Radikale Islamisten auch in der Schweiz?

Lorenzo Vidino der ETH-Forschungsstelle für Sicherheit veröffentlichte im November 2013 eine Studie zur dschihadistischen Radikalisierung in der Schweiz⁴. Bei seiner Forschung stiess Vidino auf rund 50 Personen, die den Jihad unterstützten, und die im Internet sehr aktiv seien. Einige unter ihnen würden ihr Kontaktnetz im Nahen Osten wie auch innerhalb der Szene in Deutschland und auf dem Balkan pflegen. Zudem rechnet der ETH-Forscher mit rund 1000 Personen die mit gewaltbereiten, islamistischen Extremisten sympathisierten. Gemäss Studie findet die Radikalisierung in privaten Gebetsräumen oder aber in den wenigen in der Schweiz existierenden konservativen Moscheen statt. Vidino schätzt die Lage wenig gefährlich ein. Verglichen mit anderen Ländern in Europa sei die radikale Szene in der Schweiz sehr klein. Zudem seien die meisten Muslime in der Schweiz gut integriert und hätten einen guten wirtschaftlichen wie auch sozialen Status.

Religionsfreiheit und Integration

Die konfessionelle Zeitung *reformiert* veröffentlichte im November eine repräsentative Umfrage zum Themenspektrum „Zuwanderung – Integration – Religionsfreiheit“.⁵ Gemäss Umfrage ist die Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung gegenüber Religionen tolerant. 70 Prozent der Befragten befürworten das Recht auf Religionsfreiheit in der Schweizer Verfassung. Diese Akzeptanz der Religionsfreiheit ist jedoch nicht absolut zu werten: Denn höher als Religionsfreiheit gewichteten 72 Prozent der Befragten die Gleichberechtigung von Mann und Frau, sowie 59 Prozent den obligatorischen Volksschulunterricht. Die Schule soll eine religionsfreie Zone sein. Das Tragen eines Kopftuchs oder einer jüdischen Kippa wird tendenziell abgelehnt, genauso wie ein Kreuz an der Wand im Klassenzimmer. In diesem Zusammenhang ist vermutlich auch folgende Aussage zu verstehen: Die Befragten beurteilen gewisse Religionstraditionen als integrationsverhindernd. Während Reformierte, Katholiken, Konfessionslose und Buddhisten als sehr integrationsfähig eingeschätzt werden, gelten orthodoxe Christen, Hindus und Juden als knapp integrationsfähig. Muslime werden von der Mehrheit der Befragten sogar als wenig integrationsfähig eingestuft.

Über die Repräsentativität solcher Umfragen lässt sich streiten. Sicher ist, dass sie Tendenzen der Meinungslage in der Bevölkerung aufzeigen können. Dies veranschaulichen die folgenden beiden Abschnitte.

³ Siehe auch Forster, Christof 2013: Muslime jenseits des Minarett-Verbots. *NZZ* (9. Mai). <<http://www.nzz.ch/aktuell/schweiz/muslime-jenseits-des-minarettverbots-1.18078879>> (Abfrage 11. Juni 2013)

⁴ Vidino, Lorenzo 2013: Jihadist Radicalization in Switzerland. Zürich: Center for Security Studies. <<http://www.isn.ethz.ch/Digital-Library/Publications/Detail/?lng=en&id=172401>> (Abfrage 13. November 2013)

⁵ Dossier Zuwanderung. *reformiert.ch*, Nr. 11.1/November 2013. <http://www.reformiert.info/artikel_13037.html> (Abfrage 11. Februar 2014)

Kopftuch-Debatte

Das Kopftuch im öffentlichen Raum führt in der deutschsprachigen Schweiz erneut zu gesellschaftlichen Diskussionen. Gerichtsentscheide und politische Vorstösse deuten in diese Richtung. In Heerbrugg im Kanton St. Gallen wurden zwei somalische Mädchen vom Schulunterricht ausgeschlossen, weil sie mit einem Kopftuch im Unterricht erschienen sind. Die Schulleitung stützt ihr Verbot auf eine Weisung des Bildungsdepartements, welche ein Kopfbedeckungsverbot empfiehlt.⁶ Das Bundesgericht hingegen lehnte eine Beschwerde der Gemeinde Bürglen (Thurgau) ab und entschied am 11. Juli 2013, dass zwei Mädchen im Kanton Thurgau mit einer Kopfbedeckung zur Schule gehen dürfen. Die Gemeinde gelangte an das Bundesgericht, nachdem zwei muslimische Schülerinnen, denen die Schule in Bürglen im Frühjahr 2011 ein Kopftuchverbot auferlegt hatte, vor dem Verwaltungsgericht des Kantons Thurgau mit ihrer Klage Recht bekommen hatten.⁷ Auch das Verwaltungsgericht des Kantons St. Gallen entschied gegen ein Kopftuchverbot im Unterricht. Obschon es gemäss Schulordnung untersagt ist, darf ein elf jähriges Mädchen gemäss Verwaltungsgerichtsentscheid vorläufig mit Kopftuch den Unterricht im Schulhaus in St. Margrethen besuchen.⁸

Die CVP-Fraktion im Aargauer Grossen Rat wiederum fordert mit einem Vorstoss, dass an der Volksschule im Kanton Aargau ein generelles Kopftuchverbot eingeführt wird. Gemäss Vorstoss sollen alle Kleidungsstücke verboten werden, die den pädagogischen Lernzielen der Volksschule widersprechen. Die CVP-Fraktion begründet ihr Vorgehen mit dem Ziel, die christlich-abendländische Kultur an den Schulen zu stärken und die Integration zu fördern.⁹

Zur Entschärfung der Diskussion hat die Wanderausstellung „Schleier & Entschleierung: Zur Kulturgeschichte, Erscheinung und Deutung“ beigetragen. Im Dezember 2013 war die Ausstellung an der Pädagogischen Hochschule in Zürich zu sehen. Am Rahmenprogramm zur Ausstellung haben sich folgende Institutionen beteiligt: Pädagogische Hochschule Zürich (Fachbereich Religion und Kultur), Integrationsförderung der Stadt Zürich, Paulus-Akademie Zürich, Kulturhaus Helferei, Zürcher Lehrhaus, Zürcher Forum der Religionen, Zentrum für Religion, Wirtschaft und Politik, in Zusammenarbeit mit den beiden konfessionellen Zeitungen „reformiert.zürich“ und „forum“. Die Ausstellung hatte ein breites und positives Medienecho und wurde von ca. 2000 Personen besucht.¹⁰

Burkaverbot im Tessin

Der Kanton Tessin führt ein Verhüllungsverbot ein. Am 22. September 2013 haben 65.4 Prozent der Stimmen im Kanton Tessin eine entsprechende Verfassungsänderung angenommen, die auf eine Initiative des Tessiner Journalisten Giorgio Ghiringhelli zurück geht.

Das Verbot zielt in erster Linie auf das Tragen von Burka und Nikab ab. Dies, obwohl es sich hier nicht um ein real existierende gesellschaftliche Problematik, geschweige denn um ein ernstzunehmendes Sicherheitsrisiko

⁶ oa. 2013: Schule schliesst Mädchen wegen Kopftüchern aus. *St. Galler Tagblatt online* (6. Juni).

<<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/ostschweiz/tb-os/Schule-schliesst-Maedchen-wegen-Kopftuechern-aus;art120094,3430401>> (Abfrage 12. Juli 2013).

⁷ Widmer, Michèle 2013: Bundesrichter erlauben Kopftuch an Thurgauer Schule. *Tages-Anzeiger* (11. Juni).

⁸ oa. 2013: St. Galler Gericht schützt Beschwerde gegen Kopftuchverbot. *St. Galler Tagblatt online* (19. November). <<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/kantonstgallen/tb-sg/St-Galler-Gericht-schuetzt-Beschwerde-gegen-Kopftuchverbot;art122380,3610621>> (Abfrage 12. März 2014).

⁹ oa. 2013: Aargauer CVP: „Schluss mit Kopftüchern an der Schule“. *News.ch* (20. August).

<<http://www.news.ch/Aargauer+CVP+Schluss+mit+Kopftuechern+an+Schulen/596663/detail.htm>> (Abfrage 12. März 2014).

¹⁰ Vgl. Abschlussbericht zum Projekt von Philippe Dätwyler.

handelt. Vielmehr ist anzunehmen, dass die Abstimmung als Instrument zur Stimmungsmache gegen Muslime in der Schweiz gedient hat.

Nach der Annahme des Begehrens müssen nun die eidgenössischen Räte im Rahmen der Gewährleistungsabklärung darüber entscheiden, ob ein solches Verbot verfassungskonform ist.

In Basel 2013 lag eine ähnliche Initiative vor. Der Basler Grosse Rat hatte diese jedoch im Frühling 2013 für ungültig erklärt. In Basel wurde argumentiert, dass ein Vermummungsverbot nicht nur die Glaubens- und Gewissensfreiheit sondern auch die persönliche Freiheit tangiere. Zudem würde ein solches Verbot nicht mehr Sicherheit in der Gesellschaft bringen.¹¹

Lehrplan 21 und Religion

Im neuen Lehrplan 21 soll Religion als Thema verankert werden. Im Bereich „Ethik, Religionen, Gemeinschaft“ gehört es neu zum obligatorischen Schulunterricht. Aus kirchlicher Sicht wird diese Entwicklung kritisch beurteilt. In der Vernehmlassung zum Lehrplan 21 haben sowohl der Schweizerische Evangelische Kirchenbund SEK sowie die Schweizer Bischofskonferenz Kritik geäussert. Der SEK befürchtet, dass das Fach zu stark auf die objektive Wissensvermittlung ausgerichtet sei und die konkrete, persönliche Erfahrung zu kurz käme.¹² Die Bischofskonferenz wiederum befürchtet, dass durch die rein religionskundliche Ausrichtung des Fachbereichs der kirchlich-konfessionelle Religionsunterricht ganz aus der Schule verschwinden werde. Dadurch ginge den Schülerinnen und Schüler das Verständnis der religiösen, geistesgeschichtlichen und kulturellen Prägung der Schweiz durch jüdisch-christliche Wurzeln abhanden.¹³

Der Kanton Zürich hat mit dem Fach „Religion und Kultur“, das seit 2007 gestaffelt an den Schulen eingeführt wird, eine solche religionskundliche Ausrichtung der Wissensvermittlung im Bereich „Ethik, Religionen, Gemeinschaften“ bereits etabliert. Im Sommer 2013 ist das dreiteilige Lehrmittel „Blickpunkt – Religion und Kultur“ erschienen. Das Lehrmittel ist in Kooperation mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Religionsgemeinschaften und Freidenkern entstanden.

Islamische Theologie an der Universität Fribourg

Eine Ausbildung für islamische Geistliche und Religionslehrer soll künftig von der Universität Freiburg angeboten werden. Konkret plant die Universität ein Zentrum für islamische Religion und Gesellschaft zu etablieren. Während die Finanzierung des Zentrums zu Beginn noch von Bund und Kanton gemeinsam getragen wird, ist die langfristige Trägerschaft des Zentrums noch offen.

Die Grundausbildung sollen Imame jedoch weiterhin im Ausland absolvieren. Das Zentrum ist nur für die Weiterbildung von Imamen zuständig, die in muslimischen Gemeinden in der Schweiz arbeiten. Dabei wird im Weiterbildungscurriculum die islamische Theologie eines von mehreren Fachgebieten sein. Schweizer Recht, christliche Theologie oder Aspekte des interkulturellen Dialogs gehören dann genauso zum Fächerkanon.

¹¹ Vgl. Gerny, Daniel 2013: Das Recht, sein Gesicht nicht zu zeigen. *Neue Zürcher Zeitung* (23. September). S 11.

¹² Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund: Bildungspolitische Positionen des Rates SEK und Konsultationseingabe zum Lehrplan 21 vom 13. November 2013. < <http://www.kirchenbund.ch/de/stellungnahmen/2013/bildungspolitische-positionen-des-rates-sek-und-konsultationseingabe-zum>> (Abfrage 17. Februar 2014)

¹³ Schweizerische Bischofskonferenz: Stellungnahme zum Fachbereich „Ethik, Religionen, Gemeinschaft“ im Rahmen der Konsultation zum Lehrplan 21 der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK) vom 16. Dezember 2013. <<http://www.bischoefe.ch/dokumente/communiqués/ethik-religionen-gemeinschaft-braucht-gruendliche-ueberarbeitung>> (Abfrage 17. Februar. 2014).

Das Zentrum und dessen Ausrichtung gehen auf das Grundlagenkonzept zurück, welches eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern von Hochschulen, Bundesverwaltung und muslimischen Gemeinschaften, seit 2010 erarbeitet hat.¹⁴

Kein muslimisches Grabfeld in Schlieren

Im Juni 2013 hat das Gemeindeparlament in Schlieren über eine Totalrevision der Friedhofverordnung abgestimmt. Der Schlieremer Stadtrat wollte in der neuen Verordnung nicht nur neue Materialien zur Gestaltung der Gräber, sondern auch ein muslimisches Grabfeld ermöglichen. Der Stadtrat reagierte damit auf eine demographische Realität: In Schlieren sind rund 13 Prozent der Bevölkerung Muslime. Im Unterschied zu Winterthur, wo 2012 ein muslimisches Grabfeld einstimmig im Parlament angenommen wurde, führt das Vorhaben in Schlieren zu grösseren, kontrovers geführten, Diskussionen. Als erste Partei stellte sich die FDP im März 2013 gegen die Pläne des Stadtrates. Ihr folgten dann die SVP und CVP. Bei allen drei Parteien fungierte der Theologe und Jurist Cla Famos als beratende Instanz. Er argumentierte für eine Ablehnung des muslimischen Grabfeldes mit dem Gebot der Gleichbehandlung und gleichzeitigen Ablehnung von Sonderrechten. Die Mehrheit des Stadtparlaments folgte der Position der bürgerlichen Parteien und lehnte am 24. Juni 2013 die Totalrevision der Friedhofsverordnung ab.¹⁵

III. ENTWICKLUNGEN INNERHALB DER VERSCHIEDENEN RELIGIONEN UND GEMEINSCHAFTEN IM KANTON ZÜRICH

Hinduismus

Der Geschäftsstelle des Zürcher Forums der Religionen sind keine Neuigkeiten bekannt.

Buddhismus

Im April 2013 war der Dalai Lama für Unterweisungen, Initiationen und Vorträge während fünf Tagen in der Schweiz. In Bern traf das geistige Oberhaupt der Tibeter eine Delegation von Parlamentariern. Darunter vertreten war auch die Nationalratspräsidentin Maya Graf. Anschliessend nahm der Dalai Lama mehrere Termine in der Westschweiz wahr, um dann seine Reise mit einem Besuch im Tibet-Institut Rikon abzuschliessen.¹⁶

Am 1. September 2013 hat das Khmer-Kulturzentrum in Waltserwil sein neues Zuhause im ehemaligen Gasthaus Engel eingeweiht und gleichzeitig sein 30 jähriges Jubiläum gefeiert. Rund 300 Gäste aus der ganzen Schweiz sind der Einladung gefolgt. In einer feierlichen Prozession wurde das Gebäude dreimal umrundet und

¹⁴ Scruzzi, Davide 2013: Schweizer Imam-Ausbildung vor der Lancierung. *Neue Zürcher Zeitung* (21. November).

¹⁵ Vögeli, Dorothee 2013: Bürgerliche gegen muslimisches Grabfeld. Die Totalrevision der Schlieremer Verordnung über das Friedhof- und Bestattungswesen ist umstritten. *Neue Zürcher Zeitung* (22. Juni).

¹⁶ Boyadjia, Rupen 2013: Volle Schweizer Agenda für den Dalai Lama. *Tagesanzeiger* (12. April 2013).

dann das Band vor der Türe durchschnitten. Am Abend fand ein Festprogramm in der Mehrzweckhalle von Walterswil statt.¹⁷

Judentum

Jüdische Dachverbände

An der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes SIG in St. Gallen hat sich Bundespräsident Ueli Maurer für seine mangelhafte Botschaft zum Holocaust-Gedenktag entschuldigt. In seiner Botschaft Ende Januar hatte Ueli Maurer die Rückweisung jüdischer Flüchtlinge während des Zweiten Weltkriegs nicht erwähnt und die Schweiz einseitig als Hort der Freiheit und Land des Asyls dargestellt, was zu etlichen Reaktionen geführt hat.¹⁸

Der SIG reagierte auf die Debatte zur Knabenbeschneidung und der aus seiner Sicht wahrzunehmenden wachsenden Intoleranz gegenüber religiösen Minderheiten mit mehreren Veranstaltungen zum Thema der Rolle der Religion in der säkularen Gesellschaft. In Zürich organisierte der Gemeindebund in Zusammenarbeit mit der Neuen Zürcher Zeitung eine Podiumsveranstaltung zum Thema. Auf dem Podium vertreten waren der ehemalige Regierungsrat Markus Notter, SIG-Präsident Herbert Winter, Hisham Maizar, Präsident der Föderation Islamischer Dachorganisationen in der Schweiz (Fids), Markus Büchl, Präsident der Bischofskonferenz, sowie Peter Schmid, Vizepräsident des Evangelischen Kirchenbunds (SEK).¹⁹

In der Nacht vom 8. und 9. November 2013 haben in den Synagogen der Schweiz die Lichter gebrannt. Der SIG und die Plattform der Liberalen Juden der Schweiz PLJS haben an den fünfundsiebzigsten Jahrestag der Reichsprogromnacht erinnert.

Jüdische liberale Gemeinde Or Chadasch JLG

2013 veröffentlichte die JLG ein neues Lehrmittel für den jüdischen Unterricht. Das Lehrmittel „Rosch Pina“ (der Eckstein) geht auf eine Initiative von Rabbiner Reuven Bar Ephraïm zurück. Seit er vor sieben Jahren das Rabbinat bei der JLG übernommen hat, war es ihm ein Anliegen, ein zeitgemässes, stufengerechtes und vor allem deutschsprachiges Lehrmittel für den Religionsunterricht der Kinder von der ersten bis zur sechsten Klasse zur Verfügung stellen zu können. Das Projekt wurde von der Soziologin Sylvia Dym umgesetzt. Jeder der drei Bände trägt als Titel einen jüdischen Vornamen. Der erste Band Rachel behandelt den Schabbat, die Feiertage und den jüdischen Kalender. Ophir thematisiert die religiösen Bräuche in allen Lebensphasen. Schai behandelt grundlegende Themen wie die Liturgie, die Lehre, Gender-Aspekte, die jüdische Vergangenheit, den Talmud, das Religionsgesetz Halacha sowie das antike und moderne Israel.

Um das Verbreitungsgebiet zu vergrössern, hat die JLG mit der Union progressiver Juden in Deutschland UpJ zusammengearbeitet, was der JLG vor allem eine breite finanzielle Unterstützung des Projektes ermöglichte. Der erste Band wurde vom deutschen Innenministerium, der zweite vom Zentralrat der Juden und der Jewish

¹⁷ Bono, Heidi 2013: Mit Dank an die Bevölkerung. *Zofinger Tagblatt* (2. September).

¹⁸ Wehrli, Christoph 2013: Der Beitrag sperriger Religion. Bundespräsident Maurer entschuldigt sich bei den Juden. *Neue Zürcher Zeitung* (5. Mai).

¹⁹ Wehrli, Christoph 2013: Religionen im modernen Staat. Mehr Harmonie als Konflikte. *Neue Zürcher Zeitung* (28. November).

agency finanziert. Für den dritten Band kam die JLG auf. Laut *tachles* stösst das Lehrwerk auf breite Akzeptanz und wird über die liberalen Kreise hinaus verwendet. Nicht zuletzt, weil es das erste original deutschsprachige Lehrmittel für den jüdischen Religionsunterricht seit dem zweiten Weltkrieg ist.²⁰

Die JLG hat die Vereinigung Islamischer Organisationen Zürich VIOZ angefragt, ob sie bereit wäre, die Räumlichkeiten für rituelle Waschungen auf dem Friedhof Witikon der JLG für ihre Bestattungen zur Verfügung zu stellen. Die VIOZ hat im Frühjahr 2013 diesem Antrag zugestimmt. Ein entsprechender Antrag liegt nun beim Bestattungsamt vor.

Im Februar 2013 hat die JLG zu einem Symposium mit dem Titel „Liberales Judentum – mehr als zu faul um orthodox zu sein?“ eingeladen. In der Diskussion beteiligten sich nebst Repräsentanten der JLG der Judaistikprofessor René Bloch der Universität Bern sowie Rabbiner Dr. Deborah Kahn-Harris vom Leo Baeck College London und Miriam Kramer, Vorsitzende der European Union for Progressive Judaism.

Israelitische Cultusgemeinde Zürich ICZ

Auch die ICZ beschäftigt sich mit der Zukunft ihrer Gemeinde. An einer Podiumsveranstaltung Ende Oktober 2013 diskutierten sechs Mitglieder der ICZ im Gemeindezentrum vor rund 170 Interessierten über die Zukunft der Gemeinde. In der Diskussion zeichnete sich eine Einigkeit darüber ab, dass die ICZ eine Einheitsgemeinde bleiben soll. Gleichzeitig entfachte sich eine lebhafte Diskussion über die Ausrichtung des Rabbinats.²¹

Unabhängig von diesen Diskussionen hat im März 2013 bei der ICZ der neue Assistenzrabbiner, Rabbiner Jehoschua Ahrens mit seiner Arbeit begonnen. Er ist in Frankfurt aufgewachsen und hat längere Zeit in Bulgarien, Sofia gearbeitet, wo er sich auch interreligiös engagiert hat. Im Herbst 2013 hat Jehoschua Ahrens erstmals mit dem Zürcher Forum der Religionen zusammen gearbeitet. Er beteiligte sich als Referent am Vernetzungstreffen für Religionsverantwortliche zum Thema interreligiöse Rituale.

Christentum

Römisch-katholische Kirche

Die 2013 vom Schweizerischen Pastoralsoziologischen Institut veröffentlichte Kirchenstatistik der katholischen Kirche der Schweiz zeigt deutlich auf, dass die absolute Zahl der katholischen Kirchenmitglieder in den letzten Jahren insgesamt relativ stabil geblieben ist. Dies hat in erster Linie mit der starken Zuwanderung von Katholikinnen und Katholiken zu tun. Mehr als ein Drittel der Katholikinnen und Katholiken hat einen Migrationshintergrund. Rund 40% der Migrationsbevölkerung in der Schweiz ist katholisch. Nebst den relativ stabilen Mitgliederzahlen kämpft die Kirche mit einem Personalmangel. Zur Abfederung des rückläufigen Priesternachwuchs wurde in den letzten Jahrzehnten vor allem in der Deutschschweiz vermehrt auf Theologinnen und Theologen sowie auf Diakoninnen und Diakone in der Seelsorgearbeit zurückgegriffen. Aber auch diese

²⁰ Blau, Gisela 2013: Der „Eckstein“ ist ein Meilenstein. *tachles* (20. Dezember).

²¹ Siehe zur Diskussion: Berg, Vivianne 2013: Eine geschlossene Gesellschaft will sich öffnen. *Tachles* (1. November)

Berufsgruppen können den Personalmangel nicht mehr vollständig abdecken. In Zukunft werden Laienmitarbeitende mit anderen kirchlichen Ausbildungsabschlüssen und Ehrenamtliche an Bedeutung gewinnen.²²

Vom 1. Bis 31. Dezember 2013 waren die Katholikinnen und Katholiken in der Schweiz eingeladen, Fragen zur Partnerschafts-, Ehe- und Familienpastoral zu beantworten. Insgesamt haben über 23 000 Personen an der Befragung teilgenommen. Die Resultate der Auswertung der Fragebögen sind Mitte 2014 zu erwarten.²³

2013 feierte die Römisch-Katholische Kirche im Kanton Zürich ihre 50 jährige öffentlich-rechtliche Körperschaft. Am 7. Juli 1963 sprachen sich die Zürcher Stimmbürger für eine entsprechende Gesetzesvorlage aus. Es wurden Änderungen in der Staatsverfassung als Voraussetzung für die öffentlich-rechtliche Anerkennung sowie je ein Gesetz für die evangelisch-reformierte Landeskirche und für die katholische Körperschaft gutgeheissen. Das Jubiläum wurde mit unterschiedlichen Projekten und Anlässen gewürdigt.

Die Synode hat einen Kredit von 1,5 Millionen Franken für sozial-diakonische Projekte gesprochen, der in den Jahren 2013 bis 2017 ausgeschöpft werden soll. Mit der ersten Tranche von 300'000 Franken werden Projekte der Stiftung Berufslehr-Verbund Zürich (bvz), der sozialfirma und der Stiftung Märtplatz unterstützt.

Am 8. September 2013 feierte die Katholische Kirche im Kanton Zürich in der Kirche St. Peter und Paul das Jubiläum mit einem Festgottesdienst. In seiner Begrüßungsrede bezeichnete der Synodalratspräsident Benno Schnüriger die öffentlich-rechtliche Anerkennung als „Geschenk“. Auch Generalvikar Josef Annen beurteilte die Anerkennung zur Körperschaft als eine Erfolgsgeschichte, auf die man nicht verzichten möchte. Er stehe als Generalvikar voll und ganz hinter der heutigen Zusammenarbeit von Staat und Kirche. Als staatlicher Vertreter bedankte sich Regierungsrat Martin Graf für das Engagement der katholischen Kirche im Dienste der Gesellschaft. Grussbotschaften wurden von der reformierten Kirche, der christkatholischen Kirchgemeinde, der serbisch-orthodoxen Kirchgemeinde und der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich überbracht.²⁴

Zu Unstimmigkeiten hingegen führten die Äusserungen von Regierungsrat Martin Graf anlässlich einer gemeinsamen Medienkonferenz der katholischen Kirche und des Kanton Zürichs zum Jubiläum. Graf hatte in seinem mündlichen Beitrag an der Medienkonferenz die Haltung des bischöflichen Ordinariats in Chur und im Vatikan kritisiert. Dabei ging es insbesondere um die Haltungen gegenüber den verfassungsrechtlichen Grundrechten und den staatskirchenrechtlichen Strukturen im Kanton Zürich. Wörtlich bezeichnete Graf Chur und Rom als „geschützte Werkstatt“, die sich nicht so wie die Kantonalkirche modernisieren wolle und den „Segen staatskirchenrechtlicher Einrichtungen“ nicht anerkennen wolle. Graf stellte diese Äusserungen in Zusammenhang mit der von den Jungfreisinnigen lancierten Initiative zur Abschaffung der obligatorischen Kirchensteuer für Unternehmungen. Sowohl Graf wie auch die katholischen Kirchenvertreter sprachen sich an der Medienkonferenz anlässlich des Jubiläums der katholischen Körperschaft gegen die Initiative aus und brachten die damit verbundene Erfolgsgeschichte als Argument an.

Das Bistum Chur reagierte verärgert auf die Kritik und warf dem Regierungsrat vor, die römisch-katholische Kirche gemäss deren Selbstverständnis nicht anerkennen zu wollen. Bischof Huonder forderte den Gesamtregierungsrat auf, sich von den kirchenkritischen Worten zu distanzieren. Daraufhin räumte Regierungsrat Graf

²² Husstein, Roger 2013: Katholische Kirche in der Schweiz. Kirchenstatistik 2013. St. Gallen: SPI.

²³ Siehe Informationen der Bischofskonferenz < <http://www.bischoefe.ch/dokumente/communiqués/pastoralumfrage> > (Abfrage 6. März 2014).

²⁴ Siehe dazu <www.zh.kath.ch/jubilaeum> (Abfrage 11. Dezember 2013).

gewisse Fehler ein, indem er seine Äusserungen als „missverständlich“ oder zu „plakativ“ bezeichnete. Er wich jedoch nicht von seiner grundsätzlichen Kritik gegenüber dem Bistum ab.²⁵

Im September 2013 bat der Synodalrat der katholischen Kirche Kanton Zürich den Bischof von Chur in einer schriftlichen Anfrage um ein Gespräch. Thema des Gesprächs soll die Gründung eines Bistums von Zürich sein. Bei der schweizerischen Bischofskonferenz liegt ein entsprechendes Gesuch des Synodalrats seit 2012 vor. Dies ist kein neues Anliegen der Zürcher Katholiken. Bereits vor zwanzig Jahren wurde ein entsprechendes Gesuch bei der Bischofskonferenz eingereicht. Seitdem ist allerdings nicht viel passiert. In Reaktion auf eine Anfrage eines Mitgliedes der Kirchensynode zum Stand des Gesuchs wurde 2012 ein weiterer Anlauf genommen. Die Bischofskonferenz hat das neue Gesuch an den Bischof von Chur weitergeleitet. Dieser muss dem Anliegen zustimmen, bevor die Bischofskonferenz einen Entscheid fällen kann.²⁶

Ende Oktober 2013 haben in Zürich-West die Bauarbeiten für den Kulturpark Forum Z begonnen. In dem Gebäude sollen Büros, Dienstleistungs- und Gewerbeflächen, ein Bistro, Wohnungen sowie ein Bildungs- und Veranstaltungszentrum Platz finden. Die Bauherrschaft teilen sich die Hamasil Stiftung, die Katholische Kirche Kanton Zürich und die W. Schmid und Co AG. Das Bildungs- und Veranstaltungszentrum wird von der katholischen Paulus-Akademie betrieben werden. Die Paulus-Akademie ist ein Forum für Religion, Ethik, Gesellschaft und Politik.²⁷

Orthodoxe Kirchen

Die russische Gemeinde des ökumenischen Patriarchats in Westeuropa hat einen neuen Erzbischof erhalten. Archimandrit Job Gretcha wurde am 2. November 2013 in Paris in dieses Amt gewählt. Der neue Erzbischof stammt aus der ukrainischen Diaspora in Kanada. Dort sowie in Frankreich hat er Theologie studiert. Seit 2010 wirkte er am Orthodoxen Zentrum von Chambésy bei Genf.

Job Gretcha wird auch für die Gemeinde des heiligen Nikolaj in St. Louis (Frankreich) im Raum Basel zuständig sein.²⁸

Ebenfalls im November hat in der katholischen Kirche in Dornach eine ökumenische Vesper und Informationsveranstaltung zur Situation der koptisch-orthodoxen Christen in Ägypten stattgefunden. Am Anlass hat der koptisch-orthodoxe Bischof Damian Anba aus Deutschland teilgenommen und von der aktuellen Lage berichtet.

Die reformierte Landeskirche und die katholische Kirche Kanton Zürich unterstützen die orthodoxen bei ihren Bemühungen um eine öffentlich-rechtliche Anerkennung im Kanton Zürich und haben hierfür eine Arbeitsgruppe einberufen. Auf dem Weg zur Anerkennung hat sich die Arbeitsgruppe als erstes Ziel die Gründung einer gemeinsamen Dachorganisation für die Ostkirchen im Kanton Zürich gesetzt. Eine solche Dachorganisation sollte im Frühjahr 2014 gegründet werden.

²⁵ Vgl. Ribí, Thomas 2013: Martin Graf bedauert – der Bischof auch. *Neue Zürcher Zeitung* (7. Juni). Kipa 2013: Regierungsrat Graf: Chur und Rom müssen Leistungen anerkennen. (31. Mai). <<http://www.kipa-apic.ch/index.php?na=0,0,0,0,d&ki=243657>> (Abfrage 6. März 2014).

²⁶ Ribí, Thomas 2013: Zürcher wollen eigenes Bistum. Synodalrat will mit Bischof reden. *Neue Zürcher Zeitung*. (18. September).

²⁷ Siehe die Projektseite <www.forum-z.ch> (Abfrage 6. März 2014)

²⁸ Vgl. Mitteilung der Orthodoxen Nachrichten-Agentur (ONA), 5. November 2013.

Auf viel Kritik stiess ein weiteres ökumenisches Engagement, an welchem sich auch eine orthodoxe Gemeinschaft beteiligte bzw. beteiligen wollte. Im Juni 2013 sollte in der Lazariterkirche Gfenn in Dübendorf eine ökumenische Abendmahlfeier stattfinden, die vom Kapuzinerpater Willi Anderau, vom Jesuitenpater Josef Bruhin, vom ehemals reformierten Pfarrer von Witikon, Gerhard Traxel, und vom griechisch-orthodoxen Priester Ignatios Papadellis organisiert wurde. Die Gruppe Geistlicher hat schon vor längerem zur „Tischgemeinschaft Symbolon“ zusammengefunden und seit Jahren gemeinsame Abendmahlsfeiern veranstaltet. Im Gegensatz zu den vergangenen Feiern kam es 2013 zu öffentlichem Aufsehen und Kritik von leitenden kirchlichen Instanzen. Nachdem der Tagesanzeiger einen Bericht im Vorfeld der Feier veröffentlichte und auf das Manifest für eine gemeinsame Eucharistie verwies, welches die Tischgemeinschaft an die ranghöchsten Kirchenoberhäupter schicken wollten, distanzierte sich Generalvikar Josef Annen vom Vorhaben. Er befürwortete zwar das Anliegen der Ökumene, kritisierte aber die private Initiative dieser Pfarrergemeinschaft als falschen Schritt dorthin. Auch der Sprecher des Bistums Chur, Giuseppe Gracia, kritisierte das Vorhaben gegenüber der Presse scharf und drohte mit Konsequenzen für die Beteiligten. Nach den harten Worten von katholischer Seite zeigte sich auch die Leitung der reformierten Kirche nicht glücklich über die Aktion. Kirchenratspräsident Michel Müller gab zu bedenken, dass der Zeitpunkt für ein grundsätzliches Manifest zur Ökumene nicht günstig gewählt sei.

Die Kritik blieb nicht ohne Folgen. Am 29. Juni 2013 musste die Abendmahlfeier ohne Beteiligung des orthodoxen Priesters vollzogen werden. Zudem fand die Feier zwar in Anwesenheit der katholischen Ordensmänner statt, sie beteiligten sich aber nicht an einer Interzelebration. Das heisst, Willi Anderau und Josef Bruhin waren lediglich als Gäste anwesend. Diese entscheidenden Veränderungen am Ablauf der Feier löste bei einigen der rund 150 anwesenden Kirchengänger grosses Unverständnis aus.²⁹

Evangelisch-reformierte Kirche

Im Juni 2013 hat der Schweizerische Evangelische Kirchenbund SEK einen Verfassungsentwurf in die Vernehmlassung gegeben. Der Dachverband der 24 Kantonalkirchen soll eine eigentliche Kirche, die Evangelische Kirche in der Schweiz, werden und neu über eine Verfassung sowie einer dreigliedrigen Leitung aus Synode, Rat und Ratspräsidium verfügen. Ziel dieser Umstrukturierung soll es sein, den Reformierten mehr Identität und Profil zu verleihen und ihnen dadurch zu grösserem gesellschaftlichem Gewicht zu verhelfen. Grundsätzlich begrüessen die Kantonalkirchen die Anliegen des SEK, sie äussern aber Kritik an der Personalisierung der Macht im Amt eines Ratspräsidenten. Auch der Zürcher Kirchenrat lehnte den Verfassungsentwurf aus diesen Gründen ab. Die Vernehmlassung des Verfassungsentwurfs ist am 30. November 2013 abgelaufen.³⁰

Anfang Oktober 2013 fand in Zürich der internationale Reformationskongress zur Vorbereitung des 500-jährigen Reformationsjubiläums 2017 statt. Eingeladen hatten die Evangelische Kirche in Deutschland EKD und der SEK. Am Kongress nahmen 240 Fachreferenten aus mehr als 35 Ländern teil. An dem mehrtägigen Kongress wurde betont, dass das Jubiläum keine antikatholische, nationalistische Feier werden soll, sondern eine „Fest des Glaubens“, das auf die geistliche Bewegung hinweisen muss, welche die Reformation ausgelöst hat. Im

²⁹ Vgl. Ribbi, Thomas 2013: Eklat vor dem Abendmahl. *Neue Zürcher Zeitung* (1. Juli). Meier, Michael 2013: Zürcher Geistliche proben den Aufstand. *Tages-Anzeiger* (22. Juni). Sturzenegger, Martin 2013: Umstrittenes Abendmahl wird in letzter Minute abgesagt. *Tages-Anzeiger* online (30. Juni). < <http://www.tagesanzeiger.ch/zuerich/region/Umstrittenes-Abendmahl-wird-in-letzter-Minute-abgesagt/29966008/print.html> > (Abfrage 12.3.2014).

³⁰ Meier, Michael 2013: Kirchen wollen keinen reformierten Bischof. *Tagesanzeiger* (7. November).

Blickfeld soll auch die Vielfalt evangelischer Kirchen weltweit stehen. Aus katholischer Sicht gab der Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, Kardinal Kurt Koch, zu bedenken, dass die Reformation nur eine von mehreren Reformbewegungen in der Kirchengeschichte gewesen sei. Sie habe viele Wunden hinterlassen, die nur gemeinsam geheilt werden könnten.³¹

Im Sommer 2012 hat die reformierte Landeskirche Kanton Zürich das grosse Umbauprojekt KirchGemeindePlus KGPlus lanciert und reagiert damit auf die rückläufige Mitgliederentwicklung. Das Projekt hat zum Ziel neue Formen für ein vielfältiges kirchliches Leben zu ermöglichen, indem die Kirchgemeinden vergrössert und ihre Zahl entsprechend reduziert werden. 2013 wurde vermehrt Kritik gegen die Reformpläne von Synode und Kirchenrat laut. Viele Gemeinden sind zwar zur regionalen Zusammenarbeit bereit, wehren sich aber gegen explizite Zusammenschlüsse. Zudem stossen sich manche Kritiker an der Art und Weise wie die Reformpläne in Gang gesetzt wurden. Die demokratisch organisierten Gemeinden stören sich an den von oben vorgegebenen Reformrichtlinien. Gemäss Reformplan ist vorgesehen, dass in den Jahren 2013/2014 ein Dialogprozess mit den Gemeindepartnern stattfinden soll, der die Gemeinden zu den Fusionsplänen heranzuführt. Die effektiven Reformen und Fusionen sollen bis Ende 2018 abgeschlossen sein.³²

Im Frühjahr 2013 hat der Interreligiöse Runde Tisch dem Kirchenrat den Vorschlag unterbreitet, in dem neu geplanten Bundesverfahrenszentrum für Asylsuchende in Zürich-Altstetten ein Pilotprojekt für interreligiöse Seelsorge zu ermöglichen. Der Kirchenrat hat positiv darauf reagiert und finanzielle Mittel für die Einrichtung einer Seelsorgestelle bereitgestellt.

Bis Jahresende sind die diesbezüglichen Abklärungen beim SEK und beim Bundesamt für Migration so weit gediehen, dass im Februar mit der interreligiösen Seelsorgearbeit im Testbetrieb des BfM begonnen werden kann.

Als reformierte Seelsorgerin wird Pfarrerin Hanna-Kandal beauftragt, auf katholischer Seite ist die Suche nach einem geeigneten Seelsorger angelaufen, und mit der VIOZ sucht der Runde Tisch nach einer Lösung für die Finanzierung von muslimischen Seelsorgerinnen und Seelsorgern.

Islam

Vereinigung der islamischen Organisationen in Zürich VIOZ

Unter dem 2012 neu gewähltem Präsidium von Mahmoud El Guindi und Belkis Osman wurde der Vorstand mit einer Vertretung aus der albanischen Gemeinschaft erweitert.

Zudem hat die VIOZ 2013 vier neue Mitgliederorganisationen aufgenommen und zählt somit insgesamt 27 Mitglieder. Die neuen Gemeinschaften bei der VIOZ sind:

- Blaue Moschee Merkez Zürich, Kochstrasse 22, 8004 Zürich
- Jugendverein Ummah, 8006 Zürich

³¹ Zonker, Norbert 2013: Reformationsgedenken gewinnt Konturen. *Kipa* (11. Oktober).

<<http://www.zh.kath.ch/service/medienspiegel/2013/10/reformationsgedenken-gewinnt-konturen-kipa>> (Abfrage 4. März 2014)

³² Schneiter Stefan und Felix Reich 2013: „Die Kirche ist in ihrer Struktur gefangen“. *reformiert* (Nr. 12.1). Wie auch: Schneiter, Stefan (2013): Ringen um die Kirche der Zukunft. *reformiert* (Nr. 11.2.). Informationen zum Reformprozess finden sich auch auf www.kirchgemeindeplus.ch (Abfrage 13. März 2014).

- Islamische Al-Rahma Zentrum Schweiz
- Islamische Gemeinschaft Volketswil Zürich IGZ, Juchstrasse 15, 8604 Volketswil

Die VIOZ stellt in einem Schreiben zu Händen des Zürcher Forums der Religionen fest, dass sich die Haltung gegenüber der muslimischen Bevölkerung in der Schweiz nicht verbessert hat und verweist diesbezüglich auf öffentliche, diffamierende Debatten zu Muslimen und auf den jüngsten OSZE-Bericht.

In Bezug auf Diskriminierung in Medienberichten ist die VIOZ selber aktiv geworden. Der Islamwissenschaftler Oliver Wäckerlig und die VIOZ haben gegen den am 28. März 2013 in der Basler Zeitung veröffentlichten Artikel mit dem Titel „Alle fünf Minuten wird ein Christ ermordet“ beim Presserat Beschwerde eingereicht. Wäckerlig argumentierte³³, dass der Artikel die Ziffern 3 (Quellen), 5 (Berichtigung) und 8 (Diskriminierung) der „Erklärung der Pflichten und Rechte der Journalistinnen und Journalisten“ verletze. Die VIOZ berief sich bei ihrer Klage auf die Ziffern 4 (Plagiat) und 8 (Diskriminierung). In der Antwort des Presserates vom 13. November 2013 wurden die Beschwerden in den Hauptpunkten gutgeheissen. Der Presserat wies zwar daraufhin, dass aus berufsethischer Sicht auch „politisch unkorrekte“ Berichte zulässig seien. Er bemängelte aber die äusserst schmale Quellenbasis des Artikels. Zudem habe die Basler Zeitung „das berufsethische Diskriminierungsverbot mit einem Amalgam aus berechtigter Kritik am islamistischen Terrorismus und Fundamentalismus und diskriminierenden Aussagen über den Islam in schwerwiegender Weise verletzt.“³⁴

Die 2010 vom Regierungsrat Markus Notter eingeführte Dialogplattform für Muslime im Kanton Zürich wurde von Regierungsrat Martin Graf weitergeführt. In einem Kreis von 15 bis 20 Personen werden aktuelle Themen zur gesellschaftlichen Beteiligung und Integration der muslimischen Bevölkerung thematisiert. Als Ergebnis aus diesem Austausch hat die kantonale Fachstelle für Integrationsfragen im Frühjahr 2013 zwei Informationsflyer zu Islam-konformen Bestattungen veröffentlicht.³⁵

Die räumliche Situation der Moscheen in Zürich und Umgebung hat sich gemäss Aussagen der VIOZ im letzten Jahr verschlechtert. Es sind neue Moscheevereine entstanden, die keine geeigneten Räumlichkeiten finden. Aber auch etablierte Vereinen mussten ihre Mietlokale verlassen und sind auf der Suche nach neuen Lokalitäten.

Die Fachkommission Seelsorge der VIOZ verfügt weiterhin über ca. 40 ehrenamtlich tätige Seelsorgerinnen und Seelsoger. Den Bereich der Notfallseelsorge, der Militärseelsorge wie auch der Seelsorge in Asylzentren kann damit nicht abgedeckt werden. Es fehlt sowohl an finanziellen Mitteln wie auch an Ausbildungsmöglichkeiten für die einzusetzenden Personen. Ein Gesuch zur Finanzierung der muslimischen Notfallseelsorge ist beim kantonalen Lotteriefonds hängig.

Mit ihren Aktivitäten hat die VIOZ auch 2013 zur Integration der Muslime beigetragen. Dazu gehören unter anderem arbeitsaufwendige Tätigkeiten im Interesse der Öffentlichkeit wie Moscheeführungen, Vermittlung in

³³ Siehe dazu den ausführlichen Beitrag von Wäckerlig auf der Internetplattform *Medienspiegel* www.medienspiegel.ch/archives/005583.html (Abfrage 23. November 2013)

³⁴ Siehe Nr. 61/2013: Quellen/Berichtigung/Plagiat/Diskriminierung (Wäckerlig/Vereinigung der islamischen Organisationen in Zürich c. „Basler Zeitung“ / „Tages-Anzeiger Online“). Stellungnahme des Schweizer Presserates vom 13. November 2013.

³⁵ Siehe Medienmitteilung zum Flyer:

http://www.integration.zh.ch/internet/justiz_innere/integration/de/aktuell/mitteilungen/2013/islam-konforme_bestattungen_kanton-zuerich.html (Abfrage 13.3.2014).

Problemfällen, Mitwirken bei schulischen Abschlussarbeiten an Zürcher Mittel- und Hochschulen, Medienarbeit oder das Behandeln von Anfragen diverser Art.

Ahmadiyya Muslim Jamaat

Die Ahmadiyya-Bewegung feierte 2013 das 50-jährige Bestehen ihres Gebetshauses, der Mahmud Moschee an der Forchstrasse. Zu diesem Anlass lud die Gemeinschaft am 22. Juni 2013 zu einem Festakt im Hotel Spürgarten in Zürich Altstetten ein. Rund 100 Personen aus Politik, Religion und Wissenschaft sind der Einladung gefolgt. Virginia Suter Reich hat im Namen des Zürcher Forums der Religionen der Jamaat ein Grusswort überbracht.

Im November 2013 machte die Ahmadiyya ein weiteres Mal auf sich aufmerksam. Anlässlich der Woche der Religionen packte sie das Minarett der Mahmud Moschee in Regenbogenfarben ein; dies als sichtbares Zeichen für den Frieden.

